

Neubeginn in schwerer Zeit

Gedanken zum 65. Jahrestag der Gründung der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands

Partei Gründungen haben stets ihre Wurzeln in geschichtlichen Gegebenheiten und werden von Persönlichkeiten bestimmt, die selbst Teil ihrer Zeit sind und sich von deren Notwendigkeiten zum Handeln veranlaßt fühlen. Allein unter diesem Gesichtspunkt sind sie zu beurteilen.

Das trifft auch auf die Gründung der LDP zu, die ursprünglich LDP hieß.

Keine vier Wochen nach dem Ende des fürchterlichsten aller Kriege wurde in Moskau der Weg für die Zulassung von Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) freigegeben. Stalin hatte am 4. Juni 1945 die KPD-Führer Ulbricht, Ackermann und Sobottka überraschenderweise nach Moskau kommen lassen. Die Unterredung mit den deutschen Genossen dauerte eine Stunde und 45 Minuten. Stalin teilte seinen Gesprächspartnern mit:

1. Die KPD solle ab sofort gemeinsam mit den sowjetischen Besatzungsbehörden Möglichkeiten schaffen, daß neben der SPD auch bürgerliche Parteien tätig werden könnten. 2. In der SBZ sei umgehend eine Bodenreform durchzuführen, das Junkertum müsse entmachtet werden.

Sechs Wochen vor Beginn der Potsdamer Konferenz (17.7. bis 2.8.) traf Stalin diese beiden Entscheidungen. Was bezweckte er damit?

Offensichtlich wollte er seine westlichen Kriegsverbündeten testen, inwieweit sie mit einer Demokratisierung Deutschlands und der Entmachtung der alten „Elite“ einverstanden wären; zugleich war es auch eine Willensbekundung der Sowjetunion, was man unter der Zukunft Deutschlands zu verstehen habe.

Zügig werden die Ergebnisse der Zusammenkunft vom 4. Juni in die Praxis umgesetzt.

– Am 7. Juni erarbeitet Ackermann den Entwurf eines programmatischen Aufrufs der KPD, der mit Stalin im Beisein von Dimitroff besprochen wird. Stalin lehnt die Einführung des sowjetischen Systems in der SBZ ab und spricht sich für eine antifaschistisch-demokratische Ordnung aus. Die KPD schlägt daraufhin die Gründung eines Blocks der antifaschistischen Parteien vor.

– Am 9. Juni nimmt die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) ihre Tätigkeit auf.

– Am 10. Juni erläßt sie den Befehl Nr. 2, auf dessen Grundlage sofort deutsche Parteien zugelassen werden können.

– Am 11. Juni wird der Aufruf der KPD veröffentlicht, der die Aussage enthält, das Wirken der Partei sei auf ein

antifaschistisch-demokratisches Deutschland gerichtet.

– Am 15. Juni wird die SPD neu konstituiert.

– Am 26. Juni tritt die CDU als eine bürgerlich-christliche Partei an die Öffentlichkeit.



„So sehen wir Sie als einen siebzigjährigen Mitkämpfer bei uns, neben uns, vor uns.“
Wilhelm Külz zum 70. Geburtstag von Wilhelm Pieck

– Am 5. Juli nimmt der liberale Großberliner Gründerkreis den Status einer Partei an. Die Liberale Demokratische Partei (LDP) ist gegründet. Sie hat indes eine interessante Vorgeschichte.

Unter Duldung der USA, deren Truppen im April 1945 die Elbe erreichten, kam es durch nichtfaschistische bürgerliche Persönlichkeiten vielfach zu Parteigründungen. Es gab 20 Gründerkreise, die sich später dem Berliner Gründerkreis anschlossen. Die Parteigründer verstanden die LDP als einen Zusammenschluß Gleichgesinnter. Waldemar Koch, Sprecher des liberalen Gründerkreises, erklärte gegenüber der SMAD: „Das Arbeitsgebiet der LDP ist Deutschland.“ Die SMAD förderte solche Gedanken auch in den anderen Parteien.

Was waren das für Menschen, die sich in der LDP trafen?

– Die Beteiligten erstrebten unter dem Eindruck des Zusammenbruchs der Nazi-Diktatur ein Leben in Frieden mit allen Völkern.

– Sie sehnten sich nach humanistischem Gedankengut und wollten ihr Leben wie das der anderen Menschen danach ausrichten.

– Sie träumten von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

– Es waren Frauen und Männer aller Altersgruppen, Menschen aus den unterschiedlichsten Schichten und Berufen.

Die bitteren Erfahrungen, die sie während der Nazi-Herrschaft und besonders in den Kriegsjahren machen mußten, führten sie zu der Erkenntnis, daß in einem neuen

Deutschland die Lösung aller Fragen – auch der sozialen – in Übereinstimmung mit der Arbeiterbewegung erfolgen müsse. Eine Zersplitterung der demokratischen Kräfte dürfe es nicht geben.

Wilhelm Külz – ehemals kaiserlicher Kommissar in Deutsch-Südwestafrika, dann Reichsminister in der Weimarer Republik und schließlich von den Nazis gemaßregelter Oberbürgermeister Dresdens, um nur einen zu nennen – sah sich vor die Aufgabe gestellt, liberaldemokratische Politik in allen vier Besatzungszonen zu gestalten. Er selbst stand unter dem Eindruck der enormen Kriegsschuld Deutschlands, der Untaten der Faschisten und der Katastrophe, die über das deutsche Volk hereingebrochen war. Gewisse eigene Schuldgefühle, daß bürgerliche Demokraten und somit auch er in der Weimarer Republik den Machtantritt Hitlers nicht verhindert hatten, prägten seine Gesinnung. Ihm brachten die Zustimmung zum Block der antifaschistischen Parteien, zur

Bodenreform und zum Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden nicht nur Ehre ein, sondern auch heftige Angriffe politischer Gegner. Der spätere BRD-Präsident Theodor Heuss bezeichnete Külz sogar als „Russenknecht“. Doch schon 1945 hatte dieser formuliert: „Eine Partei, die nicht in Dogmen erstarren will, muß sich immer von neuem an den großen Problemen der Zeit lebendig orientieren.“

Die Zeichen der Zeit bestanden im Juni 1945 darin, daß die Westmächte durch das Vorpreschen der Sowjetunion kurz vor der Potsdamer Konferenz überrascht worden waren. Neben den bereits erwähnten Zielstellungen hegte die UdSSR auch bestimmte innenpolitische Erwartungen.

Sie wollte den Neuaufbau der KPD und deren bereits ausgearbeitete Konzeption zur Gestaltung der Nachkriegspolitik nicht der Partei allein überlassen.

Die SPD sollte auf eine enge Zusammenarbeit mit der KPD festgelegt werden.

LDP und CDU wollte man so beeinflussen, daß sie der sowjetischen Deutschlandpolitik nicht im Wege stünden.

Was die bürgerlich-demokratischen Parteien jener Zeit betrifft, so berichten Zeitzeugen von Gesprächen mit sowjetischen Offizieren. Diese zitierten nicht etwa die

Klassiker des Marxismus, sondern sprachen über Goethe, Schiller und Lessing. Sie waren hochgebildet. Man hob den bürgerlichen Humanismus hervor, die demokratischen Traditionen der Revolution von 1848. Die sowjetischen Militärs forderten die Parteigründer auf, Menschen aus dem Bürgertum aller Besatzungszonen, die sich nicht mit den Nazis eingelassen hatten, für die LDP zu gewinnen. Heute wird diesen vorgeworfen, sie wären damals zu leichtgläubig gewesen. Eine derart anmaßende Behauptung geht an der Realität weit vorbei: Natürlich standen hinter solchen Gesprächen glasklare politische Interessen. Das aber galt für alle Siegermächte.

Als sich die LDP für den Block der demokratischen Parteien entschied, der am 14. Juli 1945 erstmals zusammentrat, ging sie von der Gewißheit aus, daß die Zusammenarbeit aller vier Parteien von existentieller Bedeutung für das deutsche Volk war. Sie verstand den Block als eine Notgemeinschaft zur Behebung der Kriegsfolgen, zur Beseitigung der Überreste des Hitlerregimes und zur Rückgewinnung des Vertrauens der Völker.

Die KPD entwickelte – gestützt auf ihren Aufruf vom 11. Juni 1945 – eine breit angelegte Aktion zur Enteignung der Großgrundbesitzer und Nazigrößen mit dem Ziel, die feudalen Überreste und den preußischen Militarismus restlos auszurotten. Im August 1945 drang die SMAD auf ein höheres Tempo. Es bestand Handlungsbedarf. Den vielen Menschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten mußten mit der kostenlosen Übergabe von Grund und Boden eine Existenzgrundlage und ein neuer Lebensinhalt geschaffen werden. Die KPD hatte sich nicht erst seit dem 4. Juni 1945 mit der Bodenreform beschäftigt. Zwischen Dezember 1944 und Mitte 1945 waren von Anton Ackermann und Edwin Hoernle entsprechende Konzepte erarbeitet worden. In ihrem Grundanliegen folgte ihnen die Bodenreform-Verordnung vom September 1945. Die SMAD fügte zwei wesentliche Ergänzungen hinzu. Es sollte ohne Ausnahme und ohne Entschädigung enteignet werden. Sie verfügte auch, daß die exproprierten Großgrundbesitzer nicht am Ort verbleiben dürften und notfalls festzunehmen seien. Stalin machte seinen Kriegsbündnispartnern klar, was die UdSSR unter Ausmerzungen der ökonomischen und gesellschaftlichen Wurzeln des Junkertums, das mit dem preußischen Militarismus eng verknüpft und seit Jahrhunderten Ursache des Drangs nach Osten war, verstand. Die deutschen antifaschistischen Kräfte und deren Parteien sollten, gestützt auf den Volkswillen und von der sowjetischen Besatzungsmacht beschirmt, die Entmachtung selbst vollziehen. Die KPD versuchte, LDP und CDU mit der Aussage zu gewinnen, die Bodenreform sei ja nichts anderes als die Verwirklichung der antifeudalen Forderungen aus

der Revolution von 1848. So zielte der Vorwurf der KPD nicht nur auf die reaktionäre Haltung der Großgrundbesitzer in der



Für gesellschaftliche Veränderungen, „die eine Wiederholung der verhängnisvollen Vergangenheit ausschließen“. Der Blockpolitiker Külz als Gast auf dem 2. Parteitag der SED, September 1947

Weimarer Republik und der Nazizeit, sondern auch auf feudales Unrecht, unter dem besonders die Landbevölkerung zu leiden hatte. Obwohl das kein leichter Prozeß war, gelang es ihr, die Blockausschüsse für die Bodenreform zu gewinnen. Diese stellte ohne Zweifel ein Grundbedürfnis jener Zeit dar. Es ging um die Wiederansiedlung derer, welche von östlich der Oder stammten; Tagelöhner, Pächter, Landarbeiter und landarme Bauern sollten Grund und Boden sowie Inventar aus der Enteignung erhalten; Ziel war auch die Beseitigung von Privilegien einer reaktionären Schicht, welche in der Dorfgemeinschaft mit Staat, Schule und Kirche die Bevölkerung unterdrückte. Sie mußte verurteilt und entmachtet werden. Eine Differenzierung war dabei nicht möglich. So erwiesen sich Vorstellungen der LDP, daß Großgrundbesitzer, die sich nicht mit Hitler arrangiert hatten, wenigstens 100 ha Land behalten sollten, als nicht durchsetzbar.

Am 1. Juli 1945 empfing General Bozow den Gründerkreis der Liberalen. Er warf die Frage der Haltung zum Großgrundbesitz auf. Die Antworten, die er erhielt, veranlaßten ihn zu der Bemerkung, die Liberalen, deren Parteigründung noch nicht genehmigt war, sollten ihre Einstellung noch einmal überdenken.

Im Aufruf vom 5. Juli 1945 bekundet die LDP – wenn man zwischen den Zeilen liest: Enteignung nur in Ausnahmefällen und gegen Entschädigung. Diese Linie vertrat auch Waldemar Koch, der nach der

Zulassung der LDP deren amtierender Vorsitzender war. Er orientierte sich an den Bodenreformern der Weimarer Republik, die unrentable Güter aufkaufen und diese Siedlern zu kulanten Preisen verkaufen wollten. Die Basis der Partei, z. B. in Sachsen und Thüringen, war im Erkenntnisprozeß jedoch weiter. Sie erkannte überwiegend die historische Notwendigkeit der Reform und deren Ziele. Ihr war bewußt, daß die Berliner Parteiführung mit ihrer Position „Keine Enteignung ohne Entschädigung“ auf verlorenem Posten stand. Am 24. September 1945 wurden die nachgeordneten Vorstände der LDP von ihrer Zentrale darüber informiert, daß die Stellungnahme der Parteien im Block bindend und eine eigene Politik außerhalb dieser Richtlinien nicht möglich sei. Die Gründerväter der LDP setzten auf die Verordnung zur Durchführung der Bodenreform, mit deren Hilfe Ungerechtigkeiten evtl. gemindert bzw. beseitigt werden könnten. Das realisierte sich aber ebensowenig wie die Hoffnung auf einheitliche rechtliche Festlegungen aller Siegermächte für Deutschland. Waldemar Koch lehnte die Bodenreform mit diesen „Härten“ strikt ab. In einer Parteiveranstaltung in Berlin-Zehlendorf sprach er sich offen gegen sie aus und bezeichnete es als ungerecht, Menschen, die für ihre Lage nichts könnten, ohne Entschädigung zu enteignen. Es sei unklug, ständig nur über die deut-

sche Schuld zu sprechen; ein Teil davon träge auch den Versailler Vertrag. Die Ausführungen Kochs fanden sich in einem Bericht der SMAD an Molotow und Shukow wieder. Der Druck der SMAD auf die Parteiführungen von LDP und CDU – besonders im Zuge der Bodenreform –, führende Persönlichkeiten auszuwechseln, erhöhte sich. Waldemar Koch mußte gehen, denn auch in der Partei stieß er wegen seines Führungsstils auf Kritik. Berliner Mitglieder des Hauptausschusses forderten ihn im September 1945 auf, den Parteivorsitz an Wilhelm Külz abzutreten.

Die KPD drängte wie die SMAD auf Tempo. Das Muster für den Ablauf der Bodenreform war einfach:

1. Grundsatzentscheidung des Landesblocks einholen.
2. Zustimmung des Präsidenten der Landes- bzw. Provinzialverwaltung erwirken.
3. Bestellung der Bodenkommissionen vornehmen.
4. das Land an die Bewerber vergeben.

So nahm die Bodenreform ihren Lauf. Sie wurde zügig vorbereitet, beschlossen und durchgeführt. Im besetzten Deutschland des Jahres 1945 galten allein die Befehle der vier Mächte, die dadurch den Willen der jeweils herrschenden Kräfte ihrer Länder zum Ausdruck brachten.

Was im Nachkriegsdeutschland geschah, wurde in Paris, Washington, London und Moskau entschieden. Die SMAD sorgte im Osten dafür, daß dieser Wille buchstabengetreu umgesetzt wurde.

Klaus-Peter Weichenhain, Berlin

Die Liberale Internationale destabilisiert Lateinamerika

Westerwelles FDP und die Friedrich-Naumann-Stiftung befinden sich unter den Einpeitschern

Am 13. November 2009 berief die Liberale Internationale (IL) den honduranischen Putschisten Roberto Micheletti zu ihrem neuen Vizepräsidenten. Damit enthüllte sie einmal mehr ihren reaktionären Charakter. IL-Chef Hans van Baalen sparte nicht mit Lob für den vor aller Welt des Sturzes legitimer Institutionen seines Landes Angeklagten: „Es war mir ein Vergnügen, Präsident Micheletti mitzuteilen, daß der Kongreß der Liberalen Internationale ihn gewählt hat. Mit seinem Mut ermöglichte er es, daß der demokratische Wahlprozeß in Honduras am 29. November eine enorme und mutige Handlung für die Demokratie ist“, sagte er damals. Die IL werde zu diesem Ereignis, das sie selbst mit vorbereitet hatte, ihre Beobachter schicken. Auf diese Weise segnete van Baalen das Zusammenspiel seiner Organisation mit gewissen Sektoren der USA ab, die daran interessiert waren, den Weg zur Wiedereinsetzung des rechtmäßigen und durch die Putschisten um Micheletti gestürzten Präsidenten Manuel Zelaya zu blockieren.

In gleicher Weise ging van Baalen auch gegen Präsident Daniel Ortega vor. Kurz nachdem er Nicaragua besucht hatte, rief er dazu auf, „die honduranische Erfahrung in diesem Land nachzuvollziehen“. Am 19. Oktober 2009 attackierte er die Entscheidung des zuständigen Gremiums, einen Weg zur Wiederwahl Daniel Ortegas als Staatspräsident zu ebnen. „Ortega sollte verstehen, daß es keine aufeinanderfolgende Wiederwahl gibt“, mischte sich van Baalen offen in nikaraguanische Angelegenheiten ein. Zuvor hatte er versucht, den Chef der Streitkräfte General Omar Halleslevens zu einem Putsch gegen den Präsidenten zu überreden. Dieser „Sondierungsversuch“ scheiterte an der Antwort der Militärs, sie würden die Verfassung respektieren.

In Managua konspirierte van Baalen mit Vertretern der rechten Oppositionsparteien gegen den Sandinismus. Sein Ziel war es, eine gemeinsame Front verschiedener als liberal bezeichneter Parteien zustande zu bringen, um der FSLN Ortegas bei den Wahlen 2011 eine Niederlage zu bereiten. Einer der Gastgeber van Baalens in Nicaragua war übrigens der Millionär Eduardo Montealegre, der bis ins Mark mit den honduranischen Putschisten versippt ist. Bei ihm handelt es sich um jenen Kandidaten der Reaktion, den Ortega 2006 besiegte. Ohne Respekt vor der Souveränität Nicaraguas rief van Baalen dazu auf, das Land durch systematische Proteste zu destabilisieren.

Die 2008 in Managua abgehaltene internationale Konferenz über „Sozialismus und Populismus als Urheber der Armut“ stand unter der Schirmherrschaft der notorischen Friedrich-Naumann-Stiftung



der bundesdeutschen FDP und des nicht minder reaktionären Liberalen Netzes von Lateinamerika (RELIAL). Hier leitete Emil Kirjas, Generalsekretär der IL, seine Attacken auf die Sandinisten ein. Er rief direkt zum Rücktritt Ortegas auf, weil dieser das Land „auf einen falschen

Weg“ bringe. Der frühere belgische Premier Guy Verhofstadt bekannte sich eindeutig zur Rolle des Provokateurs van Baalen und erklärte: „Wenn Daniel Ortega nicht darauf vorbereitet ist, Meinungsfreiheit und Kritik zu akzeptieren, ist er keines neuen Mandats würdig.“

Ein Wort zur Liberalen Internationale. Diese Ansammlung überwiegend rechtsbürgerlicher Parteien wurde 1947 in der englischen Stadt Oxford gegründet und hat ihren Sitz in London. Die von ihr verkündeten hehren Prinzipien bürgerlicher Demokratie werden von den Ideologen der IL nach Gutdünken ausgelegt und angewandt. Sie entsprechen den wirtschaftlichen Machtinteressen der mit dem Kapital verbundenen liberalen Parteien der jeweiligen Länder. Gleichzeitig werden jene destabilisiert, deren Regierungen auf dem sogenannten Liberalismus „fremde Optionen“ setzen. In diesem Sinne ist die IL seit eh und je ein von Reaktionären und Konterrevolutionären genutztes Instrument, das in Kuba, Venezuela, Bolivien, Ekuador und anderen Ländern Lateinamerikas das öffentliche Leben untergräbt.

Unter den einflußreichsten Parteien der IL ragt die BRD-Gruppe mit ihrer Freien Demokratischen Partei (FDP) hervor. Eine bedeutende Rolle spielen auch entsprechende Formationen aus Österreich, Belgien, Kanada, Dänemark, Spanien, Finnland, den Niederlanden, Frankreich, Ungarn, Norwegen, Israel, Schweden, Großbritannien, der Schweiz sowie Jabloko aus Rußland.

In Lateinamerika bedient sich die IL vor allem konterrevolutionärer Splittergruppen, wie es in Kuba der Fall ist. Hier entwickelt sie eine besonders aktive Destabilisierungskampagne zur Unterstützung der Fünften Kolonne im Land, die sie finanziert und in Koordination mit entsprechenden Kräften der USA betreibt. Die sich selbst als Parteien bezeichnenden Gruppen spielen eine provokatorische Rolle und haben sich stets bei gegen die kubanische Revolution gerichteten internationalen Diffamierungsmanövern besonders engagiert.

Die von dem CIA-Agenten Carlos Alberto Montaner geführte Liberale Kubanische Union bezichtigte die Insel der Freiheit unablässig angeblicher Menschenrechtsverletzungen. Der 1943 in Kuba geborene Montaner firmiert als Schriftsteller und Journalist. Er lebt abwechselnd in Spanien und Miami. Die Formen des ideologischen Kampfes gegen Havanna, welche er praktiziert, reichen vom Terrorismus über die Spionage bis zur politischen

Verleumdung. Seine zur Untergrabung Kubas verrichtete Tätigkeit veranlaßte ihn 1990 mit ausdrücklichem Auftrag der CIA zur Gründung seiner obskuren „Liberalen“ Union. Montaner brachte die keineswegs vorzeigbare Truppe in die IL ein und besetzt seit 1992 den Posten eines ihrer Vizepräsidenten. Der kanadische Journalist Jean Guy Allard stellte am 29. April 2008 in einem Artikel fest: „Der in Madrid lebende antikubanische Kolumnist Montaner, der gerade an einer mafia-ähnlichen Zusammenkunft in der dortigen Yankee-Botschaft teilgenommen hat, gehörte kubanischen Militäreinheiten der US-Armee an, die von der CIA Anfang der 60er Jahre aufgestellt wurden. In diesen Söldnertruppen befand sich auch der bekannte Terrorist Luis Posada Carriles. Der war ein Spezialist für die Verwendung von Sprengstoffen sowie in Techniken der Entführung, der Folter und der Eliminierung Verdächtiger im Rahmen gegen Kuba gerichteter schmutziger Operationen Washingtons.“

Im September 1960 – so berichtete UPI –, als die noch sehr junge kubanische Revolution bereits von US-Kräften angegriffen wurde, begab sich Montaner in die Vereinigten Staaten, um dort seine Dienste der von der CIA gelenkten Frente Revolucionario Democrático (FRD) anzubieten. Am 30. Dezember 1960 meldete die Tageszeitung „La Habana“ die Festnahme mehrerer Mitglieder dieser kriminellen Organisation. Unter den Gefaßten befand sich Montaner, der im Besitz eines ganzen Sprengstoffarsenals war. Dieser Mann, der 20 Jahre Gefängnis bekam, konnte fliehen und gelangte am 8. September 1961 nach Miami. Später, als er schon in Madrid wohnte, hielt er ständigen Kontakt zu den Terroristen der von Florida aus operierenden Fundación Nacional Cubano Americana (FNCA), für die er den Kontakt zum späteren spanischen Regierungschef und Führer der rechtskonservativen Volkspartei, José Maria Aznar, herstellte.

Jetzt richtet der zum Vizepräsidenten der IL avancierte exilkubanische Berufsterrorist seine Dreckschleudern auf die Mitglieder der fortschrittlichen lateinamerikanischen-karibischen Staatengemeinschaft ALBA. Vor allem die von Hugo Chávez angeführte Bolivarianische Revolution Venezuelas entging den Attacken



Grafik von Thomas Kruse

der IL und ihrer Diener nicht. Vor fünf Jahren wurde die Beteiligung der CIA am Putsch gegen Chávez im April 2002 in allen Einzelheiten nachgewiesen. Einen Monat zuvor war Montaner mit doppelter Absicht in Caracas: zu der dem Putsch



vorausgehenden antibolivarianischen Desinformationskampagne beizutragen und beim Staatsstreich aktiv mitzuwirken.

In einem kürzlich freigegebenen Bericht des Diplomaten der US-Botschaft in Caracas, H. Cook, der nach Washington übermittelt worden war, formulierte dieser: „Montaner traf sich in einem Restaurant mit einer Gruppe venezolanischer und kubanischer Persönlichkeiten, unter denen sich der Fedecamaras, Pedro Carmona, befand.“ Dieser Unternehmer war das Haupt der Verschwörung gegen Chávez.

Als Teil der ideologischen Kriegführung wurde im März 2008 in Rosario (Argentinien) ein Treffen durchgeführt, auf dem sich Führungspersonal der Liberalen Internationale mit Spaniens José Maria Aznar, dem Expräsidenten Mexikos Vicente Fox, Ecuadors Osvaldo Hurtado, Boliviens Jorge Quiroga und Uruguays Luis Lacalle traf. Einziges Ziel: die Verstärkung der Angriffe auf Kuba, Bolivien und Venezuela. Alle Projekte eines sozialen und politischen Wandels in Lateinamerika wurden verteuftelt.

Die konterrevolutionären Teilnehmer des IL-Treffens erhielten eine würdige Antwort. Einer ihrer Busse, in dem sich Montaner und seine Kumpane befanden, wurde in Rosario mit Steinen beworfen. Die angstvollen Schreie Montaners, des rechtsgerichteten Schriftstellers Mario Vargas Llosa sowie des Vizepräsidenten der IL und Präsidenten der Friedrich-Naumann-Stiftung Wolfgang Gerhardt waren nicht zu überhören.

Den letzten Streich gegen Venezuela, Kuba und die übrigen ALBA-Staaten führte IL-Präsident Hans van Baalen selbst, indem er während einer Rundreise die Erklärung abgab: „Lateinamerika wird

in diesem Augenblick vom Chávismus bedroht. Man muß in Rechnung stellen, daß die engen Beziehungen von Hugo Chávez zu Iran, Kuba und dem Nikaragua der Sandinisten eine für die Welt sehr gefährliche Koalition hervorgebracht haben.“ Arrogant verwies der Boß der Liberalen Internationale auf seine Mitgliedschaft im Europaparlament. Er werde dafür sorgen, daß die EU die auf dem Wege eines Staatsstreichs herbeigeführten Pseudowahlen in Honduras „vollständig anerkennt“.

Wie wir am Beispiel Lateinamerikas gesehen haben, ist die Liberale Internationale, in der die FDP und ihre Naumann-Stiftung zu jenen gehören, die den Taktstock schwingen, ein besonders infames Instrument zur aggressiven und systematischen Untergrabung von Frieden und Freiheit der Völker. Das Wort liberal wird so mit Füßen getreten.

Redaktionell bearbeiteter Artikel von Percy Francisco Alvarado Godoy in „Rebelión“

Übersetzung: Isolda Bohler †